VR-05-087-2 Zukunft sichern – ökologisch, gerecht, wettbewerbsfähig

Antragsteller*in: Timon Dzienus (KV Hannover)

Änderungsantrag zu VR-05

Von Zeile 87 bis 94:
~~Die Debatte über angebliche Einsparungen beim Bürgergeld schwächt das Vertrauen in den Sozialstaat und verhindert, dass Menschen in Arbeit kommen. Kürzungen helfen dem Haushalt kaum, würden aber Armut verfestigen und Fachkräftepotenziale verschenken. Dennoch braucht das Bürgergeld Reformen: Unklare Anreizstrukturen, hohe Transferentzugsraten und zu langsame Verfahren erschweren die Integration in Arbeit. Studien zeigen, dass Menschen beim Bürgergeld oft so viel von ihrem zusätzlichen Einkommen abgeben müssen, dass sich Mehrarbeit kaum lohnt. Mit gezielten Änderungen ließen sich die Anreize deutlich verbessern.~~

Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe und ein würdevolles Leben. Der Sozialstaat ist eine Absicherung und wertvolle Errungenschaft zugleich, die über Jahrzehnte erkämpft wurde. Das Gerede vom Bundeskanzler, wir könnten uns den Sozialstaat nicht mehr leisten, ist falsch und gefährlich. Wir stellen uns daher mit aller Entschlossenheit gegen diese Angriffe auf den Sozialstaat. Mit uns wird es keinen Sozialabbau geben!

Schon heute reichen für viele Menschen die Löhne nicht aus. Dass 800.000 Menschen daher ihre Löhne mit dem Bürgergeld aufstocken müssen, ist ein sozial- und arbeitspolitischer Skandal. Wir stehen für faire Arbeit und gute Löhne, die für ein gutes Leben für alle reichen.

Die geplante neue Grundsicherung schafft dabei nicht mehr Gerechtigkeit, sondern weniger. In einer monatelangen Kampagne der Union gegen Menschen im Bürgergeld wurde uns immer wieder eingeredet, mit Kürzungen Milliarden einsparen zu können. Das war von Anfang an falsch. Die geplanten Änderungen und die massiv ausgeweiteten Sanktionen werden in den nächsten Jahren sogar Geld kosten.

Merz, Linnemann und Co. haben in einer populistischen Kampagne auf dem Rücken der Menschen die gesellschaftliche Spaltung massiv vorangetrieben. Damit haben sie das Vertrauen in den Sozialstaat massiv beschädigt.

Dabei reicht der Regelsatz des Bürgergelds schon heute nicht für ein würdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe – nicht mal für ein ausreichendes und gesundes Essen. Wenn mehr als die Hälfte der Eltern im Bürgergeld auf Essen verzichtet, damit die Kinder satt werden, sind Debatten über Einsparungen und Kürzungen vollkommen unangebracht.

Die angedrohten Totalsanktionen untergraben dabei das Fundament unseres Sozialstaats und beschädigen das Vertrauen in unsere sozialen Sicherungssysteme. Es ist ein Tabubruch, dass Wohnungslosigkeit als Druckmittel zur Aufnahme eines Jobangebots verwendet wird. Solche unmenschlichen Sanktionen halten wir für verfassungswidrig und werden mit allen politischen und juristischen Mitteln dagegen wehren: Im Interesse der Menschen im Bürgergeld, aber auch im Interesse der Beschäftigten.

Die geplante neue Grundsicherung wird nicht dazu führen, dass auch nur ein Mensch mehr einen neuen Arbeitsplatz findet.

Wir wollen nicht Menschen gängeln und ihnen nach der Methode Merz Angst machen. Wir wollen Menschen befähigen, qualifizieren und Mut machen, damit sie einen neuen Job finden. Dafür brauchen

wir Reformen, um aufwändige und langwierige Antragsverfahren und schlechte Anreizstrukturen zu verbessern.

Wir fordern:

- Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen endlich ausreichend finanziert werden: In Qualifizierung investieren statt bei Menschen zu kürzen.
- weiterhin angemessene Vermögensfreibeträge, ortsangemessene Mietübernahmen und Ausschluss grundgesetzwidriger 100%-Sanktionen, um Armut und Wohnungslosigkeit zu verhindern.
- Regelsätze, Wohn- und Heizkosten müssen fair und realitätsnah berechnet werden. Es darf keine dritte Nullrunde beim Bürgergeld geben und es braucht eine echte Neuberechnung der Regelsätze.
- die Sozialverwaltung und die Jobcenter von unnötigem bürokratischen Aufwand zu entlasten, damit wieder mehr Zeit für die Menschen ist.
- Die Sozialleistungen zu vereinfachen und zu digitalisieren, ohne dabei das Schutzniveau abzusenken. Eingeführte Leistungen sollen auch tatsächlich bei allen Anspruchsberechtigten ankommen.
- Transferentzugsraten zu senken und so auszugestalten, sodass sich Mehrarbeit immer deutlich lohnt. Transfernetzugsraten müssen deutlich abgesenkt werden. Mehr Stunden müssen immer zu mehr Geld auf dem Konto führen.

So entwickeln wir das Bürgergeld weiter, verbessern die Integration und Förderung auf dem Arbeitsmarkt und verbessern unser soziales Sicherungssystem.

weitere Antragsteller*innen

Jonas Kobinger (KV München); Svenja Bolldorf (KV Köln); Djenabou Diallo Hartmann (KV Hannover); Jannik Lichtenfeld (KV Oldenburg-Stadt); Sven Lehmann (KV Köln); Dennis Kurzweil (KV Aachen); Henrik Arian Jürgens (KV Hannover); Corinna Rüffer (KV Trier); Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land); Monica Manon Sandhas (KV Hannover); Sebastian Wormsbächer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jan Frederik Wienken (KV Braunschweig); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck); Marcel Emmerich (KV Ulm); Marvin Jonas Laesecke (KV Oldenburg-Stadt); Alexandra Geese (KV Bonn); Torsten Franz (KV Lüneburg); Rasmus Andresen (KV Flensburg); sowie 62 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.